



Politik schafft Jobs

Nach DaimlerChrysler, Deutscher Bank, IBM und Siemens streicht nun auch die Allianz Stellen: 7.500 Jobs weniger. Bei einem Rekordgewinn von vier Milliarden Euro. Die deutsche Telekom schüttet ein neues Dividendenmaximum aus und baut Arbeitsplätze ab. Solche Meldungen lesen wir beinahe täglich. Und dann lasen wird folgenden Satz: „Politiker schaffen keine Jobs.“ Aus der Feder von EU-Industriekommissar Günter Verheugen. „Kein Arbeitsplatz wird von Politikern geschaffen“, sekundierte Wolfgang Schüssel. Das macht hellhörig.

Erstens: Arzt sein in einem öffentlichen Krankenhaus, ist das kein Job? Lehrer in einer Schule, Lokführer bei der Bahn, wurden diese Jobs vom lieben Gott geschaffen? Die kommunalen Trinkwasserbetriebe und Seniorenheime – eine Erfindung des freien Marktes? In wessen Sold steht Anton Zeilinger? Politiker selbst, wie der österreichische Bundeskanzler oder der EU-Industriekommissar: werden die von Unternehmen finanziert? Hoffentlich nicht!

Die Aussage Verheugens und Schüssels ist so sinnvoll, wie wenn Unternehmervertreter sagten: „Unternehmen schaffen keine Jobs.“ Das wäre – angesichts der Massenkündigungen bei Großkonzernen – teilweise sogar richtig, aber grundsätzlich genauso hanebüchen.

Was Verheugen und Schüssel machen, ist Rufschädigung an Staat und Gemeinwesen. Sie behaupten den Markt als eigenständige Jobmaschine. Das ist falsch, denn ohne Rahmen gebendes Gemeinwesen funktioniert der Markt keine Sekunde. Die Wirtschaft ist Teil der Gesellschaft, auch wenn das Neoliberale gerne umgekehrt sehen. Sie unterstellen einen Widerspruch zwischen öffentlichem und privatem Sektor, obwohl diese in vielen Fällen einander bedingen, Stichwort Bildung, Infrastruktur oder Daseinsvorsorge.

Der öffentliche Sektor schafft in den Industrieländern zwischen einem Zehntel und einem Drittel aller Arbeitsplätze. Auffallend ist, dass diejenigen Länder, in denen die meisten Menschen im öffentlichen Sektor beschäftigt sind, nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich am besten dastehen: Im „lahmen“ Deutschland werden laut OECD nur 11% aller Jobs von Politikern geschaffen. Im humpelnden Österreich 13%. Im flotten Finnland hingegen 26%, im dynamischen Dänemark 30% und im schnell wachsenden Schweden sogar 32%. Die Länder mit starkem öffentlichem Sektor sausen den neoliberalen Sparereiferern um Längen davon.

Hier läge eine Antwort auf die Wachstumsflaute in Zentraleuropa: öffentliche Investitionen in die regionale Infrastruktur: Gesundheit, Pflege, Bildung, öffentlicher Verkehr, dezentrale Energieversorgung, Breitbandinternet und Post. Das würde Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den Regionen – den Achillesfersen des Binnenmarktes – schaffen und der (lokalen) Privatwirtschaft nützen. Es ist bezeichnend für die EU, dass sie neben dem Binnenmarkt-, dem Wettbewerbs- und dem Handels- auch noch einen Industriekommissar hält, aber weder einen für die regionale noch einen für die öffentliche Wirtschaft. Diese hätten Verheugen und Schüssel sicher heftig widersprochen.

Erschienen im „Kurier“ am 26. Juli 2006.